Keine Lust auf Sandkastenspiele

Befürworter der Simulation der Kantonsfusion vermuten eine Verzögerungstaktik

Von Daniel Ballmer

Liestal/Basel. Elisabeth Schneider ist unzufrieden: «Die Abwehrhaltung der Baselbieter Regierung gegenüber einer Wiedervereinigung ist deutlich zu spüren», sagt die CVP-Nationalrätin. «Man will die Simulation offensichtlich verhindern; man scheint zu befürchten, dass sie für eine Kantonsfusion sprechen könnte.» Sowohl im Baselbieter Landrat als auch im Basler Grossen Rat hatte die CVP einen Vorstoss zur Simulation einer Fusion eingereicht. Während er in Basel-Stadt bereits im März 2010 deutlich angenommen wurde, kam sein Pendant im Landrat im Januar 2011 nur knapp durch. «Eigentlich ist ein Anzug innert zweier Jahre zu beantworten», betont CVP-Grossrat Lukas Engelberger. «Allmählich dürfte man etwas davon hören.»

Ziel der Vorstösse: auf sachlicher Basis die Möglichkeit eines wiedervereinigten Kantons in der Theorie durchdenken. Die Simulation soll zeigen, welche langfristigen Vor- und Nachteile ein Kanton Basel hätte und so Fakten für eine Fusionsdiskussion schaffen. «Zwar wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe eingesetzt. Seither scheint aber nicht mehr viel zu laufen», kritisiert auch Hans Rudolf Bachmann, Geschäftsführer des Vereins Starke Region, der für die Simulation auch schon zur Beratung beigezogen wurde – bisher ohne Resultat. «Dabei drängt die Zeit wegen der Fusionsinitiative», findet Elisabeth Schneider. «Es wäre wichtig, wenn die Fakten vor einer Abstimmungsdebatte vorliegen würden.»

Und tatsächlich soll es nun vorwärts gehen. Voraussichtlich heute Dienstag wird die Basler Regierung die Vorlage behandeln, heisst es aus dem Präsidialdepartement. Das Ganze habe etwas länger gedauert, handle es sich doch um ein «heisses Eisen». Gemeinsam mit der Baselbieter Regierung seien Machbarkeit und Kosten einer Simulation abgeklärt worden. Diese dürften sich auf rund 500 000 Franken belaufen, weshalb dem Grossen Rat auch erst mal eine Kreditvorlage unterbreitet werden soll. Die CVP hatte sich das anders vorgestellt. Engelberger: «Ich würde bereits die Simulation erwarten oder doch zumindest ein detailliertes Konzept.»

Vor Debatte über die Initiative

Das wird kaum der Fall sein. Auch wenn im Präsidialdepartement gehofft wird, dass das Geschäft dem Grossen Rat noch vor den Sommerferien vorgelegt werden kann. Das hofft auch die Basler CVP, sie will sonst nochmals nachfassen. Absehbar aber bleibt, dass die Fakten aus der Simulation kaum vorliegen werden, wenn die Wiedervereinigungsdebatte in den beiden Basel neu entflammt. Schliesslich ist die Lancierung der Fusionsinitiative bereits für die nächsten Wochen und Monate vorgesehen. Dass diese Ausgangslage nicht ideal ist, weiss auch Basels Projektverantwortlicher Peter Gautschi: «Es wäre wünschenswert, wenn die Fakten schon vor einer neuen Debatte vorliegen», hatte er schon vor Monaten erklärt.

Ungeduld macht sich auch im Baselbiet breit. «Bis jetzt hört man immer nur Gerüchte. Offiziell haben wir Initianten leider nie etwas gehört», klagt Schneider. Am Donnerstag wolle sich die CVP daher über eine Anfrage nach dem Stand der Arbeiten erkundigen. Es gehe schliesslich schon sehr lange. «Es kommt das Gefühl auf, dass die Regierung das Thema verschleppt, weil man keine Fusion will», kommentiert Schneider weiter. Tatsächlich hatte sich die Baselbieter Regierung von Beginn an sehr kritisch gezeigt und den Nutzen einer Simulation angezweifelt. Das weckt das Misstrauen der Fusionsbefürworter: So wollen verschiedene Quellen gehört haben, dass die Baselbieter Regierung anders als ihre Basler Kollegen dem Parlament beantragen wolle, die konkrete Erarbeitung der Simulation abzulehnen. Argumentiert werden solle mit hohen Kosten, glaubt Schneider zu wissen. «Das ist natürlich ein Mittel, um eine Fusion möglichst im Keim zu erstickern», urteilt Bachmann.

«Hohe Kosten sind zu beachten»

Die Baselbieter Regierung habe noch keinen Beschluss gefasst, versichert dagegen Roger Wenk von der Baselbieter Finanzdirektion. Zwar habe die gemeinsam eingesetzte Arbeitsgruppe den technischen Bericht, wie eine Simulation erarbeitet werden könnte, schon vor geraumer Zeit abgeliefert, erzählt der auf

Baselbieter Seite federführende Leiter Abteilung Finanz- und Volkswirtschaft. Die Regierung überlege sich aber noch, wie sie dem Parlament die Vorlage unterbreiten will. «Wir warten nun die Antwort aus Basel-Stadt ab», sagt Wenk. Dann würden die beiden Regierungen das Geschäft während Partnerschaftsverhandlungen am 19. Juni nochmals gemeinsam anschauen.

Ohne der Regierung vorgreifen zu wollen zeigt sich Wenk aber schon jetzt eher zurückhaltend: «Eine solche Simulation würde relativ teuer. Das ist natürlich auch zu beachten in der finanziellen Situation, in der sich der Kanton Basel-Stadt derzeit befindet», sagt er. «Und dann kann man auch den Nutzen verschieden beurteilen.» Sollten die beiden Regierungen einen Konsens finden, dann könne es schnell gehen. Andernfalls könne die Landratsvorlage aber auch erst nach den Sommerferien folgen. «Sollte kein Konsens zwischen den beiden Regierungen bestehen, könnte natürlich auch einer der beiden Kantone die Simulation alleine durchführen», ergänzt Wenk. «Das dürfte aber eher unwahrscheinlich sein.»

Millionen für Berater

So aber wollen sich die Fusionsbefürworter nicht abspesen lassen. Sollte eine der beiden Regierungen eine Ablehnung beantragen, dann würden die Parlamente wohl nochmals aktiv, sagt Grossrat Engelberger. Kosten von 500 000 Franken auf beide Kantone aufgeteilt sollten verkraftbar sein, findet auch Hans Rudolf Bachmann von der Vereinigung Starke Region. Komme hinzu, dass verwaltungsinterne Arbeiten die Staatskassen gar nicht erst belasten würden.

In dieselbe Kerbe haut Nationalrätin Schneider. «Für Berater kann Basel-Stadt auch Millionen ausgeben. Wenn man will, findet man offensichtlich immer noch irgendwo Geld», meint sie verärgert. Zudem bestehe mit den beiden überwiesenen Postulaten eigentlich bereits der Auftrag zur Erarbeitung einer Simulation. «Den Umweg über eine Kreditvorlage braucht es gar nicht», betont Schneider. Dieser diene wohl nur als Verhinderungstaktik, ist sie überzeugt.

Briefe

Ein wirtschaftliches Zentrum: Basel

**Keine Lust auf Sandkastenspiele;
BaZ 12.6.12**

Das Einzugsgebiet für das wirtschaftliche Zentrum der Region Basel verteilt sich auf vier Kantone und drei Länder. Das ist im Vergleich zu anderen Wirtschaftsregionen eine äusserst herausfordernde Konstellation. Denn drei unterschiedliche Länder und vier Kantone mit ihren verschiedenen Verfassungen, Gesetzen, Verordnungen, Richtlinien

und Weisungen in einer so kleinräumigen Region bewirken kaum vermeidbare Effizienzverluste, viel Bürokratie und Doppelspurigkeiten. Damit wir gegenüber anderen Wirtschaftsmächten bestehen können, müssen wir uns innerhalb der Jurakette und am Rhein zusammenschaffen, politische Grenzen abbauen, am gleichen Strick ziehen.

Eine Fusion der beiden Basel wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung. Ich befürworte daher die laufende Diskussion und würde mich freuen, wenn die Regierungen sich den Fragen ebenfalls aktiv stellen würden.

Elisabeth Schneider-Schneiter, Biel-Benken,
Nationalrätin, CVP